

AUSSPRACHE

„Lohnpolitik und inflationäre Strömungen“

Der Aufsatz von *Prof. Dr. Adolf Sturmthal* über „Lohnpolitik und inflationäre Strömungen“ in Heft 11 dieser Zeitschrift behandelt ein seit Jahrzehnten akutes Problem. Es ist mit Dank zu vermerken, daß Prof. Sturmthal deutlich auf die Gefahren der „Verwechslung von Ursache und Wirkung“ bei Betrachtung der inflationären Tendenzen aufmerksam macht. Auch muß die Feststellung unterstrichen werden, daß die Vereinbarkeit eines hohen Beschäftigungsgrades mit weitgehender Preisstabilität wahrscheinlich größer ist, als in der Regel angenommen wird. Der weiteren Argumentation Prof. Sturmthals kann ich allerdings nicht folgen.

Der Autor zeigt auf, aus welchen Gründen bei Vollbeschäftigung Lohnauftriebstendenzen entstehen und erörtert dann die Möglichkeit, diesen „Lohndrift“ auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß zu beschränken. Hier ist in aller Deutlichkeit zu fragen: Nach welchen Kriterien bestimmt sich dieses Maß und wer soll es bestimmen? Gleich eine weitere Frage: Ist es wirklich so eindeutig bewiesen bzw. überhaupt beweisbar, daß Lohnsteigerungen bei Vollbeschäftigung Preissteigerungen nach sich ziehen müssen? Die exakte Theorie ist den Beweis dafür bisher schuldig geblieben — ja, es ließe sich im Rahmen der Preistheorie in der Marktwirtschaft vielleicht das Gegenteil beweisen —, und

daß die Empirie dieses Bild bietet, beweist doch nur, daß es in dem sozial-kapitalistischen „Mischmasch-Wirtschaftssystem“ der westlichen Welt so ist; nicht, daß es so sein muß!

Nach dem simplen Gesetz von Angebot und Nachfrage sind Lohnsteigerungen bei erreichter Vollbeschäftigung die „gesetzmäßige“ Folge der relativen Verknappung des Faktors Arbeitskraft.

Bei vollständiger Funktion der selbsttätig wirksamen Kräfte des freien Marktes müßte sich hieraus eine relativ geringere Entlohnung der anderen Produktionsfaktoren ergeben, das heißt, dem Faktor Arbeit fällt ein relativ größerer Anteil am Zuwachs des Volkseinkommens zu. Diese durch die veränderte relative Seltenheit der Produktionsfaktoren hervorgerufene Einkommensverschiebung ist allein noch kein Grund zu allgemeinen Preissteigerungen. Diese entstehen lediglich aus der Marktposition der Produzenten und der Ohnmacht der theoretischen Marktgesetze. Ermöglicht eine weiche Geld- und Kreditpolitik den Produzenten Preismanipulationen nach oben (wobei Lohnsteigerungen als sehr schöne moralische Begründung dienen können), so findet die marktmäßig notwendige Verschiebung der Einkommen real nicht statt und das nominelle Einkommen wird aufgebläht.

Aufgabe der Gewerkschaften kann es nicht sein, das „zuträgliche Maß“ für Lohnerhöhungen zu suchen — das bestimmt schon der Markt —, sondern nach einer wirtschaftspolitischen Konzeption zu streben, die einen echten Wettbewerb der Produktionsfaktoren gewährleistet. Aus marktgerechten Lohnsteigerungen können Preissteigerungen nicht entstehen, nur behindert unser Wirtschaftssystem das „Funktionieren“ der Marktgesetze.

Ilse Trautwein